



Trier, 03. 07. 2010

Unterstützung von Dr. Binz

Der DIE LINKE in Trier stellt mit großem Bedauern fest, wie der fachlich als Toxikologe und Neurologe anerkannte Dr. Peter Binz mit unhaltbaren Vorwürfen, Unterstellungen und Diskriminierungen hinsichtlich eines „Abrechnungsbetrugs“ an die Öffentlichkeit gezerrt wird. Der Eindruck, der sich dabei aufdrängt: da ist jemand unbequem und soll mit Denunziationen und gleichzeitig mit Mitteln des Rechtsstaates fertig und mundtot gemacht werden. Die interessensgeleitete Anklage der Trierer Staatsanwaltschaft spricht Bände.

Diese rechtsstaatlich verbrämten Machenschaften gegen Dr. Binz reihen sich im Prinzip 1: 1 in die Struktur- und Finanzierungsdiskussionen um unser Gesundheitssystem ein. Dr. Binz behandelte und behandelt noch heute durch Arbeitsprozesse entstandene Krankheiten, die meist – bei Nichtbehandlung – zum Tode führen. Die notwendig zu erfolgenden Untersuchungen sind kostenintensiv. Kann ein Patient „gerettet“ werden, d.h. dem Tode entrissen, dann sind kostenträchtige Weiterbehandlungen, medikamentöse Behandlungen, psychische wie physische Betreuung (wahrscheinlich) unabwendbar. Da die Verursacher dieser Krankheiten im Arbeitsprozess entstanden sind, sind die Verursacher für die entstandenen Kosten heran zuzuziehen.

Dr. Binz hat durch seine ärztlichen Untersuchungen den Finger in diese Wunde gelegt. Mit Dr. Binz wird im Prinzip der Überbringer der schlechten Nachricht mundtot gemacht, anstatt die Ursachen selbst zu bekämpfen. Denn das rüttelt massiv an der Systemfrage – dieses unseres kapitalistischen Gesellschaftssystems. Für viele dieser mit diesem Fall zusammenhängenden Interessensgruppen ist Dr. Binz ein Dorn im Auge.

Wir fordern daher

- Einstellung aller Gerichtsverfahren gegen Dr. Peter Binz,
- Öffentliche Herstellung des guten Rufs des weltweit anerkannten Toxikologen und Genugtuung des erlittenen Schadens,
- Klärung aller Sachverhalte durch ein unabhängiges Gericht an einem neutralen Standort in Rheinland-Pfalz.

Diese juristischen Angriffe auf Dr. Binz verstoßen gegen die europäische Menschenrechtskonvention.

Für die Arbeitsgemeinschaft: Dr. Karl-Georg Schroll, Krahenstraße 4, 54290 Trier



DIE-LINKE-stadtpolitik-trier